

Satzung
der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
über die Errichtung der
Schlichtungsstelle für
Arzthaftpflichtfragen

beschlossen von der Kammerversammlung am 18.04.2012
genehmigt durch das Ministerium für Arbeit und Soziales
am 14.05.2012

§ 1 Errichtung

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe, bei Streitigkeiten zwischen Kammerangehörigen und Dritten zu schlichten, hat sich die Ärztekammer Sachsen-Anhalt mit den Ärztekammern Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Thüringen zu einer Arbeitsgemeinschaft der norddeutschen Ärztekammern in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zum Zwecke der gemeinsamen Errichtung und des gemeinsamen Betriebes einer Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen mit Sitz in Hannover zusammengeschlossen.

§ 2 Aufgabe der Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle wird bei Streitigkeiten zwischen Ärzten und Patienten tätig, denen Schadensersatzansprüche aufgrund des Vorwurfs fehlerhafter ärztlicher Behandlung zugrunde liegen, wenn die zu prüfende ärztliche Behandlung im örtlichen Zuständigkeitsbereich der Ärztekammer Sachsen-Anhalt ab dem 03.10.1990 stattgefunden hat.

§ 3 Organisation und Verfahren

Das Nähere zur Organisation der Schlichtungsstelle, zum Verfahren und den Kosten regelt die im Anhang veröffentlichte Verfahrensordnung der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der norddeutschen Ärztekammern.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.05.2012 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Gutachterstelle für ärztliche Behandlungsfehler, beschlossen von der Kammerversammlung am 05.11.1994, zuletzt geändert durch Beschluss vom 09.11.2002, außer Kraft.

**Anhang: Verfahrensordnung der Schlichtungsstelle der norddeutschen
 Ärztekammern**

Verfahrensordnung der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der norddeutschen Ärztekammern (beschlossen von der Gesellschafterversammlung am 06.09.2011)

§ 1 – Errichtung der Schlichtungsstelle

- (1) Die Ärztekammern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen (Gesellschafter) haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der norddeutschen Ärztekammern in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit Sitz in Hannover zusammengeschlossen zum Zwecke der gemeinsamen Errichtung und des gemeinsamen Betriebes einer Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen, um gemeinsam mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (früher HUK-Verband) dazu beizutragen, Streitigkeiten über Schadensersatzansprüche aus fehlerhafter Behandlung außergerichtlich beizulegen
- (2) Geschäftsführender Gesellschafter ist für den Betrieb der Geschäftsstelle die Ärztekammer Niedersachsen.

§ 2 – Aufgabe und Zielsetzung

Ziel der Schlichtungsstelle ist es, eine zeitnahe, unabhängige und neutrale Begutachtung einer medizinischen Behandlung, die in dem Zuständigkeitsbereich der Gesellschafter stattgefunden hat, durchzuführen und eine Bewertung der Haftungsfrage dem Grunde nach abzugeben.

§ 3 – Organisation, Besetzung

- (1) Die Mitglieder der Schlichtungsstelle werden von den Gesellschaftern berufen.
- (2) Mitglieder der Schlichtungsstelle sind Fachärzte mit langjähriger Berufserfahrung und Juristen mit Befähigung zum Richteramt oder gleichwertigem Abschluss.
- (3) Zum ärztlichen Mitglied darf nicht berufen werden, wer einem Organ der Gesellschafter angehört

§ 4 – Unabhängigkeit

Die Mitglieder der Schlichtungsstelle sind bei der Entscheidungsfindung unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie sind nur ihrem Gewissen und ihrer fachlichen Überzeugung unterworfen.

§ 5 – Verfahrensbeteiligte

(1) Beteiligte des Verfahrens können sein

- a. der Patient, der das Vorliegen eines Behandlungsfehlers behauptet (oder dessen Erbe),
- b. der in Anspruch genommene Arzt oder die Gesellschaft (z.B. Medizinisches Versorgungszentrum, Krankenhaus, Pflegeeinrichtung), für die der Arzt tätig war,
- c. der Haftpflichtversicherer des Arztes oder der Gesellschaft, für die der Arzt tätig war.

(2) Alle Beteiligten können sich vertreten lassen.

§ 6 – Verfahrensvoraussetzungen, Verfahrenshindernisse

(1) Das Verfahren vor der Schlichtungsstelle findet nur auf Antrag statt und wenn alle Beteiligten zustimmen. Die Zustimmung kann jederzeit zurückgenommen werden. Antragsbefugt sind die in § 5 Abs.1 genannten Beteiligten.

(2) Die Schlichtungsstelle nimmt kein Verfahren auf,

- a. solange ein Zivilprozess wegen des zur Begutachtung gestellten Lebenssachverhalts anhängig ist und nicht gemäß §§ 251, 278 der Zivilprozessordnung ruht,
- b. wenn ein Zivilgericht bereits rechtskräftig über den zur Begutachtung gestellten Lebenssachverhalt entschieden hat oder wenn der Streitgegenstand durch Vergleich erledigt wurde,
- c. solange ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren oder ein strafgerichtliches Verfahren wegen derselben Tatsachen anhängig ist.
- d. wenn der behauptete Behandlungsfehler im Zeitpunkt der Antragsstellung länger als zehn Jahre zurückliegt. Dies gilt unabhängig von dem Zeitpunkt der Kenntnis des Geschädigten oder dessen gesetzlichen Vertretern.

(3) Tritt ein Verfahrenshindernis gem. Abs. 2 nach Anrufung der Schlichtungsstelle ein oder kommt ein Beteiligter seinen Mitwirkungspflichten nach § 7 nicht nach, so wird das Verfahren eingestellt.

§ 7 – Mitwirkungspflichten der Beteiligten

- (1) Die Beteiligten sind zur Unterstützung der Schlichtungsstelle bei der Aufklärung des Sachverhalts verpflichtet, insbesondere die erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen und Schweigepflichtentbindungserklärungen zu erteilen. Auf Anforderung sind der Schlichtungsstelle die vollständigen Patientenunterlagen im Original zur Verfügung zu stellen.

§ 8 – Verfahrensgrundsätze

- (1) Eine Kommission, die aus mindestens einem ärztlichen und einem juristischen Mitglied besteht, bearbeitet und entscheidet das jeweilige Verfahren.
- (2) Die Kommission prüft von sich aus den medizinischen Sachverhalt der beanstandeten Behandlung auf der Grundlage beigezogener Krankenunterlagen.
- (3) Erforderlichenfalls wird das Gutachten eines Sachverständigen eingeholt, der kein Mitglied der Schlichtungsstelle ist. Vor Beauftragung des Sachverständigen erhalten die Beteiligten die Gelegenheit, sich zu dessen Person und zu den vorgesehenen Beweisfragen zu äußern. Die Abfassung des endgültigen Gutachtenauftrages obliegt der Schlichtungsstelle. Für die Ablehnung eines Sachverständigen gelten die Bestimmungen der Zivilprozessordnung entsprechend.
- (4) Das eingeholte Gutachten erhalten die Beteiligten mit der Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Das Gutachten wird in der Kommission medizinisch und juristisch geprüft. Die Kommission kann den Sachverhalt mit den Beteiligten mündlich erörtern.
- (5) Die Schlichtungsstelle schließt ihre Tätigkeit mit einer Entscheidung ab, die eine medizinisch und juristisch begründete Stellungnahme zu den erhobenen Ansprüchen dem Grunde nach enthält. In geeigneten Fällen kann ein Regulierungsvorschlag unterbreitet werden.
- (6) Soweit die Beteiligten nach Zuleitung der Entscheidung binnen einer Frist von einem Monat neue Tatsachen vortragen, entscheidet die Schlichtungsstelle darüber, ggf. unter Zuziehung ergänzender gutachterlicher Stellungnahmen.

§ 9 – Patientenvertreter

- (1) Die Gesellschafter berufen gemeinsam einen ehrenamtlich tätigen Patientenvertreter in die Schlichtungsstelle.
- (2) Der Patientenvertreter ist unabhängig und nur an Recht und Gesetz gebunden.
- (3) Seine Aufgabe ist eine allgemeine Interessenvertretung der Patientenschaft in der Schlichtungsstelle. Ihm ist Einblick in allgemeine verfahrensorganisatorische Abläufe der Schlichtungsstelle zu gewähren. Bei konkreten Patientenbeschwerden mit formalen Beanstandungen zum Verfahrensablauf hat er auf Antrag des Patienten ein einzelfallbezogenes Akteneinsichtsrecht.
- (4) Der Patientenvertreter ist kein Beteiligter im Sinne des § 5.
- (5) Der Patientenvertreter erstattet den Gesellschaftern jährlich Bericht.

§ 10 – Datenschutz

Die Mitglieder der Schlichtungsstelle werden zur Einhaltung des Datenschutzes förmlich verpflichtet. Die gesetzlich vorgeschriebenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sind in einer Datenschutz-Dienstanweisung zu regeln.

§ 11 – Kosten

- (1) Die Inanspruchnahme der Schlichtungsstelle ist für Patienten kostenfrei.
- (2) Die Kosten der Schlichtungsstelle tragen die Gesellschafter nach besonderer Vereinbarung vorbehaltlich der Regelung in Absatz 3.
- (3) Die Beteiligten tragen ihre eigenen Kosten selbst, einschließlich der ihrer Vertretung.
- (4) Der Versicherer trägt die jeweils vereinbarte Verfahrenspauschale sowie die Kosten der Begutachtung einschließlich der bei einer Untersuchung des Patienten notwendigen Reisekosten.

§ 12 – Rechtsweg

- (1) Durch die Entscheidung der Schlichtungsstelle wird der Rechtsweg nicht ausgeschlossen.
- (2) Die Gesellschafter und die Mitglieder der Schlichtungsstelle werden aus der Tätigkeit der Schlichtungsstelle nicht verpflichtet.

§ 13 – Transparenz

Die Gesellschafter berichten über die Tätigkeit der Schlichtungsstelle jährlich in ihrem Mitteilungsblatt.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt hat mit Schreiben vom 14.05.2012 unter dem Az.: 22-41007/3/11 die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und im Ärzteblatt Sachsen-Anhalt bekannt gemacht.

Magdeburg, den 22.05.2012

Frau Dr. med. Simone Heinemann-Meerz

Präsidentin